

Notizseiten zur Präsentation:

Wie wird der (Agrar-) Markt gerecht?

Herausforderungen und Lösungsansätze

Ergebnisse eines dreijährigen Dialogs zwischen der Zivilgesellschaft und Kleinbauern in Afrika und Europa

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. (in Zusammenarbeit mit FOCSIV/Italien)

Inhaltsverzeichnis

Seite 2

1. Einige Hintergründe zu Hunger und Unterentwicklung

Seite 3

- Derzeit hungern 870 Millionen Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern.
- Über zwei Mrd. Menschen sind arm, d. h. ihnen stehen weniger als 2 US \$ täglich zur Verfügung.
- Etwa alle 3,5 Sekunden stirbt ein Mensch an den Folgen von Hunger und Unterernährung – das sind mehr als zehn Millionen Menschen pro Jahr. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder unter fünf Jahren. An Hunger bzw. Unterernährung leiden mehr Menschen als an Aids, Malaria und Tuberkulose zusammen.
- 1 Million Kinder sterben jährlich an den Folgen des Hungers.

à Dabei ist das Recht auf Nahrung ein Menschenrecht!!!

„Das Recht auf Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mittel zu ihrer Beschaffung hat.“

Weltweit leben 80 % der Hungernden in ländlichen Gebieten: 50 % sind Kleinbauern und –bäuerinnen,
20 % sind Landlose, 10 % sind Hirten und Fischer.

Diese Folie zeigt, wie sich die Unterernährung in den Entwicklungsländern über die Jahre hinweg entwickelt hat. Jüngsten Schätzungen zufolge hat die Zahl unterernährter Menschen abgenommen.

Dieser Trend ist allerdings in Afrika südlich der Sahara gegenläufig. Ungleichheiten bei der Verteilung von Nahrungsmitteln und der Produktivität bei der Nahrungsmittelerzeugung sind Hauptursache für diese unterschiedlichen Entwicklungen.

Das Zusammentreffen von Lebensmittel- und Finanzkrise ist dafür verantwortlich, dass die Zahl unterernährter Menschen in Afrika steigt. Doch es handelt sich nicht um eine kurzfristige, akute Krise! ... und es ist nicht gesagt, dass sie in Zukunft auf Afrika begrenzt bleibt.

Unlängst veröffentlichte Studien wie

- die von Professor De Castro (Vorsitzender des Agrarausschusses des Europäischen Parlamentes) verfasste Studie „The politics of land and food scarcity“ (<http://www.routledge.com/books/details/9780415638241/>)
- und die von Lester Brown veröffentlichte Studie „Full planet. Empty plates. The new geopolitics of food scarcity“ (<http://www.earth-policy.org/books/fpep>)

deuten darauf hin, dass wir uns im Übergang von einem Zeitalter des Überflusses hin zu einem der Knappheit befinden. Auf der einen Seite nimmt der Lebensmittelbedarf der neuen Mittelschichten in den Schwellenländern zu, die in ihren Konsumgewohnheiten (wie die Menschen in den reichen Ländern) immer mehr tierische Eiweiße nachfragen. Außerdem wird zunehmend Land für den Anbau von Biokraftstoffen genutzt, während sich auf der anderen Seite die Bodenbeschaffenheit durch den Klimawandel und die übermäßige Nutzung von Land und Wasser im Rahmen agroindustrieller Landwirtschaft immer weiter verschlechtert. So kommt es zu einem Zeitalter struktureller Nahrungsmittelknappheit, verbunden mit dem neuen Trend zu Preis-

anstiegen und der sozialen Ausgrenzung vieler Menschen in ihrem Recht auf Nahrung.

Veränderung der Ernährungsgewohnheiten

Seite 8

Die Folie zeigt, wie sich der Anteil der von Tieren stammenden Lebensmittel an der Ernährung (in %) im Vergleich der Zeiträume 1961-1963 (orange) und 2007-2009 (helloliv) verändert hat.

Seit etwa 5 Jahren erleben wir einen strukturellen Wandel bei den Ernährungsgewohnheiten der neuen Mittelschicht in den Schwellenländern: In China mit seinen 1,5 Mrd. Einwohnern und Indien mit seinen 1,2 Mrd. Einwohnern haben sich infolge der wirtschaftlichen Konjunktur die Ernährungsgewohnheiten der neuen Mittelschicht geändert – von einer überwiegend vegetarischen hin zu einer proteinreichen Ernährung. Das ließ Produktion und Absatz von tierischen Produkten (Milch und Fleisch) rasant steigen und führte folglich zu einer Ausdehnung von Weideflächen. Diese indirekte Landnutzungsänderung trifft zusammen mit den Änderungen im Zuge der vermehrten Produktion von Biokraftstoffen. In der Konsequenz steht damit dramatisch weniger Land für die Lebensmittelproduktion von pflanzlichen Grundnahrungsmitteln zur Verfügung.

Gleichzeitig...

Seite 9

2. Wer ernährt die Welt?

Seite 10

Der World Development Report der Weltbank 2008 fordert: Der Agrarsektor muss ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit gestellt werden. Landwirtschaft ist ein unabdingbares Instrument zum Erreichen des Millenniumsziels, die globale Armut zu halbieren. Die Landwirtschaftsförderung hat den höchsten Stellenwert in der Armutsbekämpfung. Rechnerisch ist der Effekt doppelt so hoch, als wenn man außerhalb der LW investieren würde (Produktivitätssteigerung, Einkommen wird wieder ausgegeben...= Kreislauf).

Wer ernährt die Welt?

Seite 11

In der Handels- und Agrarpolitik werden die Belange der Kleinbauern nicht gehört.

Agrarimporte in die EU aus Drittländern (2008)

Seite 13

zum Beispiel: Deutschland – Agrarexporte nach Produktbereichen

Seite 14

zum Beispiel: Deutschland – Deutscher Agraraußenhandel

Seite 15

zum Beispiel: Deutschland – Die 10 wichtigsten deutschen Agrarimporte 2008 Seite
16

In Europa fehlt noch weitgehend das Bewusstsein für die Thematik der Lebensmittelknappheit und Ernährungssicherheit, ihrer Bedeutung und ihrer internationalen Dimension.

In der Strategie Europa 2020 findet sich noch überhaupt kein Hinweis auf das Problem. Währenddessen entwickelt sich die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) immer mehr zu einem kurzfristigen, neoliberal geprägten Ansatz, der die enorme Reichweite der Problematik und strukturellen langfristigen Trends außer Acht lässt.

Die EU ist heute der weltweit größte Importeur von Lebensmittelrohstoffen. Deshalb müssen wir zunächst einmal die Zivilgesellschaft für die wahre Herausforderung der Zukunft sensibilisieren: die Ernährungssicherheit.

Die Welthandelsorganisation unterstützt den freien Handel mit Lebensmittelerzeugnissen – aber diese Güter sind keine „normalen“ Handelswaren, es sind Lebensmittel, die

von Landwirten produziert werden. Manche Länder beschränken ihre eigenen Exporte, weil der Handel keinen Vorrang vor der nationalen Ernährungssicherheit haben kann. Infolge dieser an sich durchaus legitimen Exportbeschränkungen steigt aber das internationale Preisniveau weiter und schadet den am wenigsten entwickelten Ländern mit geringem Einkommen, die auf Lebensmittelimporte angewiesen sind.

Herausforderung 2: Das EU Agrarmodell basiert auf Futtermittelimporte Seite 18

In den Industriestaaten wird pro Person etwa 79,2 kg Fleisch jährlich gegessen (2010), das ist mehr als doppelt so viel wie in den Entwicklungsländern. In Deutschland und den USA ist der Fleischkonsum rückläufig.

Dennoch wird geschätzt, dass sich bis 2050 der weltweite Fleischkonsum verdoppeln wird auf über 463 Millionen Tonnen jährlich (200 kg pro Person in Industrieländern, 44 kg pro Person in Entwicklungsländern). Auch die notwendigen Futtermittelmengen werden sich dadurch verdoppeln: auf über 1.900 Millionen Tonnen – das ist über 70 % mehr als die Weltgetreideproduktion von 2009.

Sojaernte weltweit: Die Nachfrage steigt!

1960: 27 Mio. t, 2005: 233 Mio. t, 2020: geschätzte 300 Mio. t

Anbaufläche: 2010 wurden erstmals über 100 Millionen ha Soja weltweit angebaut

Zum Vergleich: = etwa 3-mal die Größe Deutschlands. (Deutschland ist 35,7 Mio. ha groß)

Weltweit werden rund 1,3 Mrd. ha Ackerfläche bewirtschaftet.

Zum Beispiel: Sojaanbau in Brasilien Seite 19

Welche Folgen hat der Sojaanbau in Brasilien?

Der Cerrado ist nach dem Regenwald das zweitgrößte Ökosystem Brasiliens. Er ist die Savanne mit der größten Artenvielfalt der Welt.

Auf diesen Bildern sieht man, wie groß die Fläche des Cerrado um 1900 war - ein großes grünes Gebiet. Und 2005 ist nur noch ein Flickenteppich erkennbar. Die Vernichtung der wertvollen Savannenlandschaft ist dramatisch. Grund ist die intensive Landwirtschaft, besonders der Sojaanbau.

2013 sollen rund 83 Mio. Tonnen Sojabohnen geerntet werden, das sind 25 Prozent mehr als noch 2012. 27 Millionen ha brasilianischen Bodens werden dafür beansprucht. Etwa $\frac{3}{4}$ der Sojabohnen sind gentechnisch verändert. Brasilien wird 2013 die USA als größten Sojaproduzenten ablösen. Dieser Sojaboom begann in den 60er Jahren. Damals wurde von der brasilianischen Regierung angeordnet, für den Sojaanbau auch Regenwald abzuholzen. In Südbrasilien kam es zu Landvertreibungen für den Sojaanbau.

Virtuell nutzt die EU für Futtermittel etwa 19 Millionen ha mehr als ihr an eigener Anbaufläche zur Verfügung steht (zum Vergleich: Anbaufläche Deutschlands 5 Mio. ha Grünland, 12 Mio. ha Ackerland)

Zum Beispiel: Sojaanbau in Paraguay (Bild mit Bauer)

Seite 20

Paraguay ist arm und könnte doch mit seinen fruchtbaren Böden zu den reichen Ländern unserer Erde gehören.

Inzwischen wird jedoch 73 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche für den Sojaanbau verwendet. Wehmütig schaut der Kleinbauer Dionisio Gómez auf das Feld, das er aus finanzieller Not an Großgrundbesitzer verkaufen musste. Von den ursprünglich zehn, sind ihm nur noch zwei Hektar geblieben. Es ist eine Frage der Zeit, bis seine Familie den Rest seines Hofes aufgeben und in die Stadt ziehen muss:

„Früher lebten hier 20 Familien, jetzt sind nur noch drei übrig, alle anderen haben an die ‚Soja-Barone‘ verkauft. Wir fühlen uns einsam. Und deren Umwelt-Gifte sind schuld, dass meine Tochter mit Missbildungen geboren wurde“, klagt Dionisio.

Zum Beispiel: Sojaanbau in Paraguay (Text)

Seite 21

-

Zum Beispiel: Sojaanbau in Paraguay (Bild mit zwei Frauen)

Seite 22

Jahr für Jahr werden mehr als 24 Millionen Liter giftige Agrarchemikalien auf den Feldern der riesigen Monokulturen versprüht.

„Wir mussten unser Land verkaufen, weil meine Mutter Romelia krank wurde von den vielen Pestiziden, die auf den umliegenden Sojafeldern versprüht wurden. Wir Bauern haben keine Ahnung, was genau auf den Sojafeldern versprüht wird. Wir sehen nur, wie die Vögel sterben und die Kühe Fehlgeburten haben. Und wie unsere Kinder schlechter atmen können, wie wir Ausschlag bekommen und unsere Alten Kreislaufprobleme haben. Jetzt haben wir hier nach sieben Jahren unseren Hof ökologisch ausgerichtet, und schon wieder rückt das Soja näher. Ich bin wütend und habe Angst, dass alles umsonst war“, befürchtet Alicia Miranda, die eine Ausbildung zur Krankenschwester macht.

Die Folgen des Sojaanbaus in Paraguay (Text)

Seite 23

Auch wenn vielen indigenen Gemeinschaften der Boden sprichwörtlich unter den Füßen weggerissen wurde, geben Don Anselmo und die Frauen der Jaguary-Gemeinde nicht auf: „In den 50er Jahren hatten wir als Gemeinde noch 43.000 Hektar Land. Wir hatten zwar keine Besitztitel, aber außer uns indigenen Familien lebte hier ja keiner. Die Wälder gaben uns alles, was wir brauchten. Dann verkaufte die Regierung den Mennoniten Land, und sie begannen, Wälder abzuholzen und ihre Felder zu bestellen, ohne auf uns Rücksicht zu nehmen. Sie schickten die Polizei, um uns zu vertreiben. 30 Jahre später waren sie reich, und wir ärmer als je zuvor. Seitdem kämpfen wir um unser Land, aber noch immer warten wir auf Antwort vom Obersten Gerichtshof.“

Nach Schätzungen der Bauernverbände und Nichtregierungsorganisationen gibt es in Paraguay etwa 300.000 landlose bäuerliche Familien, das sind über eine Million Menschen ohne Grund und Boden.

Die EU exportiert jährlich Agrarprodukte im Wert von 91 Milliarden Euro (Durchschnitt 2008 – 2010) und liegt damit nur knapp hinter dem Exportweltmeister USA (92 Milliarden Euro).* Wie ist das möglich?

Im Zuge der seit 1992 begonnenen mehrfachen Reformen der EU-Agrarpolitik wurden die garantierten Preise auf dem EU-Binnenmarkt schrittweise gesenkt – und damit auch die Differenz zum Weltmarktpreis, die durch Exportsubventionen ausgeglichen werden muss.*

Die Erzeugerpreise lagen 1986 – 1988 noch 71 Prozent über dem Weltmarktpreis. In der Zeit 2007 – 2009 lag der Abstand nur noch bei neun Prozent.** Entsprechend wurden 2009 nur noch 649 Millionen Euro für Exportsubventionen ausgegeben. Die direkten Zahlungen an die Landwirte – eine andere Form der Subventionierung – sind im Zuge der Reformen aber stark angestiegen. Um die Preissenkungen teilweise auszugleichen, erhielten die Landwirte Direktzahlungen, die seit 2003 größtenteils völlig unabhängig von der Produktion gezahlt werden.

Diese Zahlungen, die EU-weit jährlich 40 Milliarden Euro ausmachen, erlauben es den Landwirten, ihre Produkte zu Preisen zu vermarkten, die nicht die vollen Produktionskosten decken – sowohl auf dem Binnenmarkt als auch beim Export. Hinzu kommen etwa fünf Milliarden Euro Investitionsbeihilfen, die oft in die intensive Tierhaltung fließen.

Mit diesen Summen im Rücken will die europäische Agrarindustrie neue Exportmärkte erobern.***

* Europäische Kommission (Brüssel 2011): Monitoring Agri-trade Policy: Global and EU agricultural export rebound, S. 2. **Reichert, T.: op.cit., S. 8 ff. *** OECD: Agricultural Policy (Paris 2010): Countries at a Glance, S. 50 in: Paasch, A.: Die Europäische Agrarpolitik und ihre Bauernopfer, Berlin 2011, S. 7

Auch bei Milch wird auf Export gesetzt. So ist der Export von Magermilchpulver im Zeitraum Januar bis Oktober 2010 im Vorjahresvergleich um 80,2 Prozent gestiegen.* In Deutschland gehen von den rund 30 Millionen Tonnen Milch, die in Molkereien verarbeitet werden, 14 Millionen Tonnen in den Export.**

Die Molkereien setzen auf steigende Nachfrage in China und Indien. Aber auch auf afrikanischen Märkten landet europäische Milch. So hat Oxfam berechnet, dass 2007 etwa 68 Prozent der EU-Exporte von Milchprodukten in Entwicklungsländer exportiert wurden. Allein zwischen 2005 und 2008 seien die Milchexporte in die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDCs) um 45 Prozent gestiegen, nach Westafrika sogar um 48 Prozent.*** Und entgegen den ursprünglichen Beteuerungen der deutschen Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner wurden 2009 auch die LDCs nicht von europäischen Milchexporten verschont. Die Folgen davon sind fatal für afrikanische Milchkleinbauern, die gegen die hochsubventionierte Milch aus Europa nicht konkurrieren können. Schädigungen der heimischen Milchwirtschaft haben auch Brot für die Welt und der EED im vergangenen Jahr in Kamerun sowie Oxfam in Bangladesch nachgewiesen. Im Februar 2009 hatte Ministerin Aigner im Interview die Exportsubventionen nach Bangladesch noch mit Aussage verteidigt, in Bangladesch gebe es keine Milchbauern. Sieben Millionen Bangladescher/-innen, deren Kleinbetriebe von der Milchproduktion abhängig sind, mussten laut Oxfam-Schätzungen Einkommenseinbußen von sieben bis 16 Prozent hinnehmen. Bangladesch war 2009 der fünftgrößte Importeur von subventioniertem Magermilchpulver aus der EU.

* Marktbericht der AgrarMarkt Austria, 10. Ausgabe vom 7. Jänner 2011, S. 25 ** www.meine-milch.de: die Molkerei als Wirtschaftsfaktor, abgerufen am 14.02.2013 *** Oxfam Deutschland: „Abgedrängt“: Niedrige Milchpreise treffen Ärmste am härtesten. Billigimporte von Magermilchpulver in Bangladesch, Oxfam 2010.

Reichert, T., Misereor (Aachen 2012) (Hrsg.): Die Milch macht's : Kleinbäuerliche Milchproduktion in Burkina Faso und die Auswirkungen instabiler Weltmarktpreise

2009 wurden weltweit über 100 Millionen Tonnen Schweinefleisch produziert. 2012 waren es weltweit bereits 112 Millionen Tonnen.* China ist der größte Produzent und Konsument. Die EU liegt bei der Produktion mit über 22 Millionen Tonnen auf Platz zwei, davon werden in Deutschland über 5,5 Millionen Tonnen Schweinefleisch produziert. 2012 ist die Produktion in Deutschland erstmals seit 15 Jahren leicht gesunken.**

Mit einem Schweinefleischexport von 2,19 Millionen Tonnen deutscher Firmen – 40 Prozent der gesamten Produktion in Deutschland – erreichte die Branche laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2008 einen vorläufigen Rekordwert. Damit ist Deutschland in Sachen Schweineexporte Vize-Weltmeister, gleich hinter den USA.

Gute Nachrichten für die Ernährungsindustrie, schlechte für die Bauern außerhalb von Europa. So ist die Elfenbeinküste in den letzten zehn Jahren mehrfach durch massive Importfluten von Schweinefleischresten aus der EU heimgesucht worden: die jährlich importierte Menge stieg zwischen 2000 bis 2009 von 5.000 auf 35.000 Tonnen, während zugleich die lokale Produktion um 60 Prozent einbrach. Nach Recherchen des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) war 2008 auf Kameruns Märkten tiefgefrorenes Schweinefleisch aus Europa für einen Euro pro Kilo zu finden, während frische, lokale Ware mehr als das Doppelte kostete.****

* Top Agrar online, 3.5.2012, abgerufen am 14.02.2013

**Eurostat, abgerufen am 11.02.2013 Daten zu Schweinefleischproduktion http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/dataset?p_product_code=TAG00042

2013

****Sendung Report Mainz im ARD vom 28.04.2008

Die Geflügelfleischexporte der Europäischen Union legten 2010 ebenfalls zu, von Januar bis Juli 2010 stiegen sie um über 20 % auf über 660.000 Tonnen. Deutschland ist das zweitgrößte europäische Erzeugerland nach Frankreich.

Bei den europäischen Exporten nach Afrika handelt es sich überwiegend um Teile wie Flügel und Beine, für die in der EU nur geringe Nachfrage besteht, die aber notwendigerweise mit den gefragteren Brustfilets "mitproduziert" werden. Da die Produktionskosten

in der Regel durch den Verkauf der "erwünschten" Teile gedeckt werden können, können die übrigen zu extrem niedrigen Preisen exportiert werden – die Alternative der kostenpflichtigen Entsorgung wäre in jedem Fall teurer. Damit sind die EU-Exporte auch ohne Exportsubventionen konkurrenzlos billig.

Fast zehn Prozent der EU-Hähnchenfleisch-Exporte (62.400 Tonnen) landen auf den Märkten in Benin. Dessen Importe sind allein 2010 um über 40 Prozent gestiegen. Somit ist Benin der bedeutendste Importeur von Geflügel in der Region. Dabei ist jedoch kaum anzunehmen, dass die gefrorenen Hähnchenteile ausschließlich in dem 9-Millionen Einwohnerland bleiben und nicht auch in die Nachbarländer Niger, Nigeria und Burkina Faso gelangen.

Fallstudien zu Geflügel in Kamerun, Ghana und Benin zeigen, wie Exporte aus der EU die lokalen Märkte überfluten und mitunter das Menschenrecht auf Nahrung dortiger Kleinbauern bedrohen und verletzen. Der Geflügelexport nach Afrika hatte sich bereits zwischen 1996 und 2009 mehr als vervierfacht und die lokale Produktion fast zum Erliegen gebracht. Die kleinen lokalen Händler kommen gegen die Billigkonkurrenz aus Europa nicht an.

AGRA-Europa 44/20, Markt und Meinung, S. 5

zum Beispiel: Ghana

Seite 32

Beispiel: 2004 wurde importiertes Hähnchenfleisch in Ghana für 1,50 Euro pro Kilo verkauft während lokal produziertes Fleisch 2,60 Euro kostete.

Importfluten in Ghana: Anstieg 1998-2010 von 6134 auf 109.179 Tonnen

Klein-Geflügelhalter in Ashaiman, einer Stadt in Ghana, verkaufen beispielsweise nur noch Eier.*

* Paasch, Armin (Germanwatch, Hrsg.): Verheerende Fluten – politisch gemacht. EU Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana – die Beispiele Hühnchen und Tomaten, S. 9 ff

Herausforderung 5: Eine schnelle Öffnung d. Märkte gefährdet Kleinb. (Bild) Seite 33

Eine schnelle Öffnung der Märkte gefährdet Kleinbauern (Text)

Seite 34

Studien über Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) (beispielsweise in den Ländern Uganda, Sambia und Ghana) zeigen, dass in vielen Ent-

wicklungsländern die IWF-Politik der letzten 30 Jahre stark zu einer Schwächung der Landwirtschaft und Landwirte beigetragen hat.

Beispiel: Politikvorgaben des Internationalen Währungsfonds in den 80er Jahren für Entwicklungsländer und deren Folgen:

- Senkung der öffentlicher Ausgaben für den Agrarsektor
- Privatisierung staatlicher Unternehmen im Agrarbereich = Auflösung von Kooperativen (diese werden nun teilweise wieder aufgebaut)
- Privatisierung der Vermarktungsbehörden verursachte Probleme beim Markteintritt der Kleinbauern – Zwischenhändler etablieren sich und drücken teilweise die Preise für die Landwirte
- Exportorientierung privilegiert Großbauern
- Gesteigerter Wettbewerb durch Importe
- Bankensystem: es gibt kaum Zugang zu Krediten für Kleinbauern
- Die Liberalisierungspolitik führt dazu, dass viele Länder, die noch in den 70er Jahren Nettoexporteure waren, heute Nahrungsmittelimporteure sind.

Eine wichtige Ursache für die Importabhängigkeit vieler Entwicklungsländer liegt zudem in der sehr weitgehenden und oft schnellen Öffnung ihrer Agrarmärkte. Importfluten von Reis, Weizen, Mais, Milchprodukten, Fleisch und Tomatenpaste haben seither immer wieder zur Verdrängung kleinbäuerlicher Produktion beigetragen (FAO Studie, betroffene Länder in Afrika: Zimbabwe, Kenia, Nigeria, Ghana, Malawi). Dadurch wurde häufig nicht nur das Menschenrecht auf Nahrung der verdrängten Produzenten selbst verletzt, sondern auch ihre Möglichkeiten eingeschränkt, die eigene Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen.

Der landwirtschaftliche Sektor und insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft wurden in den meisten afrikanischen Staaten schon seit der Kolonialzeit vernachlässigt.

Nach Beginn der Kolonialisierung Afrikas wurden vor allem sogenannte

„Cash Crops“ wie Kaffee, Kakao und Baumwolle als landwirtschaftliche Exportgüter gefördert.

In den 1970er und 1980er wurden die staatlichen Unterstützungsprogramme für die Landwirtschaft drastisch zurück gefahren, vor allem die kostspieligen Subventionen für Düngemittel. Öffentliche Ausgaben für Landwirtschaft und ländliche Infrastruktur betragen zwischen 1980 und 2005 durchschnittlich nur 5 – 7 % des Gesamthaushalts, während dieser Anteil in Asien mit 6 – 15 % teilweise deutlich höher ausfiel.

Im selben Zeitraum maßen die Geberstaaten des Nordens der Landwirtschaft in ihrer Entwicklungszusammenarbeit immer weniger Bedeutung bei.

Sinkende Weltmarktpreise und unbefriedigende Ergebnisse vieler Programme zur ländlichen Entwicklung ließen das weitere Engagement in diesem Sektor nicht lohnend und erfolgversprechend erscheinen.*

* Reichert, T. (Misereor, Hrsg., Aachen 2010): Wer ernährt die Welt, S. 13 ff.

Die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) sind immer noch nicht abgeschlossen. Das nächste Treffen findet im Dezember 2013 auf Bali statt. Auf der Agenda der Doha Runde steht im Agrarabkommen auch die Frage, wie Schutzrechte für arme Landwirte in Entwicklungsländern aussehen können. Bereits das informelle Ministertreffen der WTO im Juni 2008 in Genf ist an dieser Frage gescheitert, und es ist immer noch keine Lösung in Sicht.

Auslöser für das Scheitern war dabei der Streit um einen speziellen Schutzmechanismus für Entwicklungsländer. Damit sollte es Entwicklungsländern ermöglicht werden, ihre Agrarmärkte mit zusätzlichen Zöllen gegen stark ansteigende Importe zu schützen. Mehr als 100 Entwicklungsländer hatten gefordert, diese Möglichkeit zum Schutz ihrer kleinbäuerlichen Landwirtschaft effektiv zu gestalten. Die USA lehnten den daraufhin von WTO-Generaldirektor Lamy vorgeschlagenen Kompromissentwurf ab, und die Verhandlungen wurden ergebnislos beendet.

Hintergrund: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und AKP-Staaten (EPAs)

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und einer Mehrzahl der ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik (AKP) werden seit 2000 verhandelt. Hintergrund ist die Kritik der Welthandelsorganisation (WTO) und einigen Mitgliedern an den bestehenden einseitigen Handelspräferenzen für die AKP-Staaten. Diese bereits seit Mitte der siebziger Jahre bestehenden Präferenzen werden im Widerspruch zu den Grundsätzen der WTO gesehen, die Gegenseitigkeit und Gleichbehandlung zwischen den Ländern und mit Inländern vorsieht. Zentrales Ziel ist deshalb der Abschluss von reziproken Handelsabkommen. Das heißt, einseitige Präferenzen sollen abgeschafft und der Marktzugang auch der EU gewährt werden.

Problemfelder in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen:

- Standstill-Klauseln, die die Zölle auf dem heutigen Stand einfrieren und somit eine Erhöhung der Zölle verbieten, gelten auch für die meisten sensiblen Produkte. Die Zollanhebung ist aber häufig für den Schutz sensibler Produkte einer Wirtschaft wichtig.
- Zölle für sensible Produkte dürfen nur in geringem Maß beibehalten werden. Die afrikanischen Länder forderten, dass 40 Prozent der Produkte noch mit Zöllen be-

legt werden dürfen, die EU hat 20 Prozent als Höchstgrenze durchgesetzt. Umstritten ist außerdem die Zeitspanne, innerhalb derer die Liberalisierung von statten gehen soll. Eine zu schnelle Liberalisierung, die zudem noch eigentlicher Schutzprodukte umfasst, würde den im Aufbau befindlichen Industrien erheblich schaden.

- Regionale Integration schwierig, da InterimEPAs mit einzelnen Ländern abgeschlossen wurden, innerhalb einer Region unterschiedliche Regelungen.
- Die AKP-Staaten werden weiter gedrängt, umfassende EPAs zu unterzeichnen, die auch ihre Handlungsfähigkeit bei den Regeln zu Dienstleistungen und den sogenannten "Singapur-Themen" Investitionen, Wettbewerbsrecht und öffentliche Beschaffung einschränken würden.

- Dort, wo heute Mangelernährung herrscht, sind die Auswirkungen des Klimawandels am größten. Besonders betroffen sind Afrika, aber auch Lateinamerika, Australien, Asien.*
- Die Temperaturen werden global um vermutlich 4 Grad steigen**
- Weniger vorhersagbare und oft extreme Regenfälle, Dürren und Überflutungen. Heute schon berichten Projektpartner von öfter auftretenden Stürmen, von Starkregen mit Schlammlawinen, die Felder unbrauchbar machen, Salzwassereintrag auf Feldern, Dürren...
-

* Bericht des Weltklimarats 2007

** Schätzungen der Weltbank im Dezember 2011: 4 Grad Erwärmung wird kommen

Was den Klimawandel angeht, so führt die Erwärmung der Erde durch Treibhausgase zu einer Verschlechterung der Beschaffenheit von Böden und Ökosystemen. In der Folge sinkt die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere die der afrikanischen Kleinbauern, wie sich aus den abgebildeten Folien eindeutig ergibt.

(Quelle: Parry u. a., 2005) für Getreide, Mais, Reis.

Die afrikanische Landwirtschaft ist in dramatischer Weise von Niederschlägen abhängig und damit insgesamt anfälliger für den Klimawandel und damit einhergehende abnehmende und veränderte Niederschlagsmuster. Die Wüstenbildung nimmt zu und Landstriche, die schon jetzt bedroht sind, können tendenziell schneller und stärker veröden. Agrarproduktion und Erträge sinken und damit steigt die externe Abhängigkeit, was – verbunden mit weltweit zu erwartenden Preisanstiegen – den Zugang der armen Bevölkerung zu Nahrungsmitteln erschweren wird.

Wie die Abbildung zeigt, hat in den letzten 50 Jahren die Verfügbarkeit von Ackerland pro Kopf dramatisch abgenommen. Dieses langfristige Phänomen gilt sowohl für Industrieländer als auch für Entwicklungsländer. Am krassen ist die Verknappung von verfügbarem Ackerland in Afrika, wo Regierungen, multinationale Konzerne und internationale Investoren in einem neuen strategischen Wirtschaftskampf miteinander konkurrieren: Landgrabbing.

Weil Land zunehmend knapp wird, haben es die Akteure immer eiliger, sich dieses unter den Nagel zu reißen. In den letzten zehn Jahren wurden in der südlichen Hemisphäre mehr als 200 Millionen Hektar Land verkauft oder verpachtet. Diese Fläche ist achtmal so groß wie Großbritannien (Angaben von Land Matrix und FAO).

80 % dieses Bodens wird landwirtschaftlich genutzt, davon drei Viertel für die Produktion von Biokraftstoffen. Die übrigen 20 % dienen der Industrie, dem Tourismus, der städtebaulichen Erschließung. Mehr als die Hälfte wurde in Afrika verkauft oder verpachtet.

Manche Länder – nicht nur Industrieländer und China, sondern auch Indien und arabische Staaten mit reichen Ölvorkommen – haben in afrikanischen Ländern, in denen es noch natürliche Ressourcen auszubeuten gibt, Land gekauft oder gepachtet. Das verschärft den Wettbewerb zwischen den Ländern, die für ihre Lebensmittelindustrie die Produktion von Nahrungsmitteln und Biokraftstoffen sichern wollen. Es verschärft auch den Wettbewerb zwischen multinationalen Konzernen, die gerne Lebensmittel in Länder mit einer entsprechenden Nachfrage und der nötigen Kaufkraft liefern möchten. Aus diesem Wettbewerb werden voraussichtlich neue Konflikte erwachsen. Andererseits gibt es arme Länder, die dringend auf Investitionen angewiesen sind und Grund und Boden für weniger als 1 US-Dollar pro Hektar verkaufen.

Die Folie zeigt in Tausend Hektar das Ausmaß von Landgrabbing zwischen 2006 und 2009. Wie aus der Abbildung hervorgeht, ist Afrika südlich der Sahara am stärksten betroffen. Zu sehen ist, wo Landaufkäufe stattgefunden haben, aber auch die Länder, die in solche Geschäfte investiert haben. Vor allem die ölreichen Länder tun sich hervor, die ihre Petrodollar für den Kauf von Land nutzen.

Das eigentliche Problem ist, dass der Run auf Grund und Boden die lokalen Bauern und Anwohner ausschließt und damit neue Gräben zwischen den Ländern und innerhalb der einzelnen Gesellschaften aufreißt. Die Regierungen der afrikanischen Länder verkaufen ihre Souveränität und verursachen einen Exodus der Landbevölkerung in die Städte.

Die fraglichen Grundstücke sind interessant, weil es Wasservorkommen und eine Infrastruktur gibt, sie fruchtbar sind und vor allem bereits von den Menschen vor Ort bewohnt und landwirtschaftlich genutzt werden. Die bäuerliche Landwirtschaft, die die einzige gangbare Möglichkeit zur Ernährungssicherheit bietet und deren tragende Säule in aller Regel die Frauen sind, wird von einer großflächigen, exportorientierten Agrarindustrie abgelöst. Es entstehen keine Arbeitsplätze, und die auf den Plantagen angebauten Produkte dienen nicht der Versorgung der Leute vor Ort.

Dabei werden die lokalen Ressourcen Land und Wasser intensiv genutzt, was die Artenvielfalt und die Ernährungssicherheit bedroht. Das sind die größten Sorgen im Zusammenhang mit dem Ausverkauf von Land in den ärmsten Ländern.

Aber auch die reichsten Länder bleiben davon nicht verschont.

In Europa zum Beispiel geht seit ein paar Jahren die bäuerliche Kultur immer mehr verloren, und in der jüngsten Vergangenheit hat der Landrausch infolge des Anbaus von Biokraftstoffen das Phänomen noch weiter beschleunigt. In Rumänien etwa haben ausländische Investoren 700.000 Hektar Land gekauft. In Italien besitzen 3 % der Eigentümer 48 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche – wie zu Zeiten der Großgrundbesitzer im letzten Jahrhundert.

Auch China hat dasselbe Problem: Bauern protestieren gegen die staatseigenen Unternehmen, die ihnen das Land wegnehmen (60 % aller Demonstrationen, d. h. 90.000 Aufstände im Jahr).

Schon immer gab es das Problem, dass Land verkauft wurde, aber das Phänomen nimmt an Reichweite und Intensität zu. Vor allem sind die Ursachen anders gelagert.

Land und Wasser sind inzwischen mehr noch als Erdöl strategische Ressourcen für das Machtgefüge zwischen den Ländern, im Hinblick auf Märkte und Profite. Sie sind nützlich, wenn es darum geht, einen besseren Lebensstandard zu erhalten oder zu erreichen.

Bevor es aber so weit kommt, ist der Zugang zu Land und Wasser für viele Menschen vor Ort eine Überlebensfrage. Sie stellen Gemeingüter dar, die von den Regierungen für die Investoren enteignet werden. Diese Thematik betrifft uns als Europäer.

Landgrabbing – auch eine Folge der steigenden Produktion von Biokraftstoffen Seite 44

Seit 2005 boomt die Produktion von Biokraftstoffen, weil es einen Trend gibt, Alternativen zu den kohlenstoffbasierten Brennstoffen zu entwickeln. Die Herstellung von Bio-

kraftstoffen ist (durch die Zerstörung von Wäldern, Feuchtgebieten und Landwirtschaft) für eine indirekte Landnutzungsänderung verantwortlich, was indirekt eine Zunahme der Treibhausgasemissionen bewirkt, weil die Fähigkeit der Pflanzen, Kohlenstoff zu absorbieren, reduziert wird. Das Hauptziel des Einsatzes von Biokraftstoffen – die Verringerung der Luftverschmutzung – wird also nicht erreicht, sondern sogar der gegenteilige Effekt erzielt: Zunahme der indirekten Treibhausgasemissionen als Folge der veränderten Landnutzung (Produktion). Verschiedene Studien haben aufgezeigt, dass die Biokraftstoffe der ersten Generation keine Zukunft haben, weil sie sogar schädlicher als fossile Brennstoffe sind.

Produktion von Biokraftstoffen in den USA

Seite 45

Produktion von Biodiesel in der EU von 1998 bis 2009

Seite 46

Herausforderung 9: Marktkonzentration multinationale Unternehmen

Seite 47

Die Unternehmenskonzentration steigt.* Z. B. Saatgut: 1996 hatten die zehn größten Unternehmen einen Marktanteil von unter 30 %. Heute kontrollieren die drei größten Unternehmen 50 % des Marktes. Das Saatgut wurde oftmals teurer.**

Der Marktanteil der TOP 4 Konzerne im Handel mit Getreide und Soja liegt bei 75 %. In der Lebensmittelverarbeitung ist Nestlé der größte Konzern. Zunehmend wichtiger werden die wachsenden Mittelschichten in Brasilien, China und Indien.***

Die Gewinne stiegen auch während der Hungerkrise 2008: So von Cargill, der weltgrößten Getreidehandelsfirma, in den ersten drei Monaten des Jahres 2008 um 86 %. Die Getreidehändler konnten ihre Gewinne schon 2007, als die Krise eben begann, massiv steigern: Cargill um 36 % auf 2,34 Mrd. US \$, ADM um 67 % auf 2,2 Mrd. US \$, Bunge um 49 %****

* Action Aid: (London 2005): Power Hungry. Six reasons to regulate global food corporations, S. 12

** Erklärung von Bern (Bern 2012): Agrapoly: wenige Konzerne beherrschen die weltweite Lebensmittelproduktion. S 2 ff.

*** ebda, S. 15

**** Baumann M. (Bern/Luzern 2011): Die Nahrungsmittelkrise – Geschäfte und Lösungen. Von Miges Baumann, S. 2 ff.

Die wachsende Spekulation mit Agrarprodukten macht Hunger

Seite 49

Die Spekulation auf Nahrungsmittel verstärkt die neue Tendenz zu hohen Lebensmittelpreisen und heizt in stark importabhängigen Entwicklungsländern den Hunger an. Bis zum Jahr 2000 war der spekulative Handel mit Zukunftserwartungen von Nahrungsmittelpreisen eine Nische für wenige Experten, doch seit die Beschränkungen gelockert wurden, sind Spekulanten auf den Warenterminbörsen in der Überzahl. Deshalb entwickeln sich die Rohstoffmärkte nicht mehr vorwiegend nach Angebot und Nachfrage der realen Wirtschaft, sondern Investoren legen sich virtuell Weizensäcke in den Keller, um sie dann zu einem späteren Zeitpunkt teuer zu verkaufen. So schaffen sie eine künstliche Nachfrage, die zu noch höheren und instabilen Preisen führt. Auch große deutsche Banken beteiligen sich an dieser Spekulation. Für importabhängige Entwicklungsländer, in denen arme Menschen bis zu 80 % ihres Einkommens für den Kauf von Nahrungsmitteln aufwenden, ist diese Entwicklung verheerend.

Spekulation trifft die Armen härter

Seite 50

Steigende Lebensmittelpreise treffen die Armen härter. Die Abbildung zeigt, dass ärmere Leute einen größeren Teil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen – in manchen Ländern mehr als die Hälfte. Sie leiden am meisten unter den steigenden Lebensmittelpreisen, sofern sie keinen Anspruch auf Unterstützung oder Land haben.

Hinzu kommt, dass die Lebensmittelmärkte häufig nicht richtig funktionieren.

5. Lösungsansätze: Die Politik ist gefragt

Seite 51

Lösungsansätze: Die Politik ist gefragt (Fortsetzung)

Seite 52

Eine neue globale Ernährungspolitik tut Not...

Seite 53

Neue Regeln tun ebenso Not wie Institutionen, die in der Lage sind, Gemeingüter und das Recht auf Nahrung für alle zu verteidigen.

Eine neue globale Ernährungspolitik ist nötig, die eine Koordination der verschiedenen nationalen Strategien im großen Stil ermöglicht und gegen die Volatilität der Preise vorgeht.

Es gibt auch Stimmen, die sich für eine transnationale Agentur zur Verwaltung von Gemeingütern aussprechen, die in der Lage ist, neue Regeln und Governance-Strukturen festzulegen, und jenen europäischen und internationalen Organisationen den Rücken stärkt, die Gemeingüter auf dem Gegenseitigkeitsprinzip zu nutzen suchen (Stichwort: fairer Handel).

In diesem Zusammenhang müssen NROs und zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Rolle stärker ausspielen, indem sie Bauernverbände und –bewegungen ebenso unterstützen wie all jene, die sich gegen Landgrabbing engagieren.

Sie müssen das Thema einer neuen Politik zur Verhinderung der Verknappung von Lebensmitteln auf die globale Agenda bringen, wobei es gilt, Gemeingüter und Lebensmittelvorräte auf globaler Ebene gemeinschaftlich und kollektiv zu nutzen, die Abhängigkeit internationaler und nationaler Märkte von der Preisvolatilität zu verringern und globale Ernährungsstrategien zu entwickeln.

Eine neue globale Ernährungspolitik tut Not... (Fortsetzung)

Seite 54

Zu 1: In diese Richtung geht die neue Verordnung, die die Europäische Kommission im Oktober 2012 angeregt hat, in der die Folgen des Landgrabbing für die indirekten Treibhausgasemissionen im Zuge der Biokraftstoffproduktion berücksichtigt sind.

Stärkung der Zivilgesellschaft...

Seite 55

Angesichts des gnadenlosen Runs auf Land und des Ausverkaufs an Regierungen und große Unternehmen stärken Bauern ihre eigenen Netzwerke und Verbände, um ihr Recht auf Land zu verteidigen und eine demokratische Verwaltung von Gemeingütern – von der lokalen bis hin zur globalen Ebene – zu erkämpfen.

Ernährungssicherheit ist gegeben, wenn alle Menschen jederzeit physischen, sozialen und ökonomischen Zugang zu qualitativ und quantitativ ausreichenden Lebensmitteln haben, die ihre Ernährungserfordernisse und –vorlieben im Hinblick auf ein aktives und glückliches Leben erfüllen.

Der Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) wurde 1974 als zwischenstaatliches Gremium eingesetzt, um als Forum politische Strategien zur Ernährungssicherheit zu

prüfen und zu begleiten. 2009 wurde der Ausschuss reformiert, um sicherzustellen, dass auch die Stimmen anderer Stakeholder in der globalen Debatte über Ernährungssicherheit und Ernährung gehört werden. Die Vision des reformierten CFS ist die am stärksten integrativ ausgerichtete internationale und zwischenstaatliche Plattform für die koordinierte Zusammenarbeit aller Akteure mit dem Ziel, Ernährungssicherheit und Ernährung für alle sicherzustellen. Der CFS wurde reformiert, um kurzfristigen Krisen, aber auch langfristigen strukturellen Problematiken besser gewachsen zu sein. Der Ausschuss erstattet jährlich vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) Bericht.

Ernährungssicherheit und Ernährung gehen uns alle an. Die Multi-Stakeholder-Plattform des CFS bietet die Möglichkeit, alle Meinungen zu hören, wenn es darum geht, konkrete Aktionen zu beschließen, um etwa gegen die Wirtschaftskrise und die steigende Lebensmittelnachfrage vorzugehen, sofern diese Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und Ernährung haben.

Der Kampf um Land macht vor Ländergrenzen nicht Halt, und die internationalen Organisationen können die Augen davor nicht verschließen.

So werden neue Leitlinien zur Anerkennung von Bauernrechten geschaffen, die die Diskussion über nachhaltige Landwirtschaft eröffnen. Solche Leitlinien haben allerdings lediglich freiwilligen Charakter, so dass starker gesellschaftlicher Druck nötig ist, damit die Regierungen sie tatsächlich umsetzen. Mehr als je zuvor sind NROs dafür verantwortlich, sich in Entscheidungsvorgänge einzubringen, Lobbyarbeit zu machen, Themen auf die Agenda zu bringen und eine globale und demokratische Zivilgesellschaft aufzubauen. Kooperationsprojekte sind hier ein Beweis für konkretes Handeln, für neue Modelle, die dazu beitragen, Einfluss auszuüben und politische Veränderungen zu bewirken. NROs müssen sich daran gewöhnen, groß zu denken und groß zu handeln.

Bei den letzten einwöchigen Verhandlungen im Oktober 2012, veranstaltet vom Ausschuss für Welternährungssicherheit (<http://www.fao.org/cfs/cfs-home/cfs39/en/>), diskutierten die Parteien (Vertreter von über 100 Regierungen, multilateralen und internationalen Organisationen, aus der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft) über die neuen Grundsätze, die soziale Sicherungsmaßnahmen und Ernährungssicherheit miteinander verbinden, aber auch über politische Ansätze, die Produktion und den Zugang zu Lebensmitteln sicherzustellen und auf die neuen Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren. Experten trugen ihre Analysen und Empfehlungen vor; letztere wurden in der Folge durch den Ausschuss als Leitlinien für die Mitgliedsstaaten beschlossen. Die Diskussion drehte sich auch um die Ernährungsunsicherheit in Krisenländern. Alle dort diskutierten Referate können auf Englisch eingesehen werden unter: <http://www.fao.org/bodies/cfs/cfs39/en/>

Der strategische globale Rahmen für die Ernährungssicherheit wurde damit reformiert. Die Freiwilligen Leitlinien bestehen inzwischen aus einem dynamischen Politikpapier, das jährlich aktualisiert wird, um eine konsequente Herangehensweise an diese hochkomplexe Materie sicherzustellen. So wird auch versucht, möglichst alle Akteure mit ins Boot zu holen.

Außerdem vereinbarte der CFS auf regionaler und globaler Ebene einen zweijährigen Konsultationsprozess über verantwortungsvolle Agrarinvestitionen, um neue Leitlinien zu erarbeiten. Es geht um die Festlegung neuer Regeln, damit transnationale Unternehmen und Regierungen die Rolle von bäuerlichen Familienbetrieben als wichtigste Investoren in Ernährungssicherheit und Flächenschutz anerkennen. Die Leitlinien sollen die negativen sozialen und ökologischen Folgen des Landgrabbing eindämmen.

Der Ausschuss diskutierte auch über ein Arbeitsprogramm, um die Umsetzung der Leitlinien für Formen der Landnutzung und der aktuellen Grundsätze zu überwachen.

In dieser Hinsicht wurden mindestens drei Themen aufgeworfen, die für diesen ganzen Prozess von herausragender Bedeutung sind.

Zum einen geht es um die strikte Aufteilung der globalen Agenda in einzelne Sektoren, was an den verschiedenen politischen Prioritäten aufgrund spezifischer nationaler Interessen liegt. Besonders augenfällig ist das in dem Spannungsverhältnis zwischen Grundsätzen zur Ernährungssicherheit und denen zum Welthandel.

Einige Länder (große Lebensmittelexporteure) halten es für wichtig, diese Themen auf der Agenda nicht zu vermischen, weil in ihren Augen die Handelsfreiheit keine Bedrohung für die Ernährungssicherheit darstellt: Während letztere vom Ausschuss geschützt wird, soll sich die Welthandelsorganisation des erstgenannten Themas annehmen. Andere Akteure, vor allem Vertreter der Zivilgesellschaft, setzen sich dagegen für das Konzept der Ernährungssouveränität ein, welches besagt, dass das Recht auf Nahrung Vorrang vor dem Prinzip des freien Handels hat. Es ist klar, dass eine konsequente Politik durch die Interessenskonflikte der verschiedenen Länder und Lobbygruppen erschwert wird.

Das zweite Thema ist die Mehrdeutigkeit einiger Prioritäten und Leitlinien zur Ernährungssicherheit, die auf Ebene der einzelnen Länder ausgelegt werden und deshalb von unterschiedlichen lokalen Machtkonstellationen abhängig sind. Dabei darf man das Zusammenspiel unterschiedlicher Systeme im Agrarsektor nicht vergessen: von intensiven Agrarbetrieben bis hin zu organischem Landbau und den unterschiedlichen Wertschöpfungsketten, die Kleinbauern entweder unterstützen oder ausbeuten. Die Prinzipien und ihre Umsetzung variieren daher von Land zu Land, je nachdem, wie die Machtverhältnisse dort sind.

Das dritte Thema ist die tatsächliche Verwirklichung der Grundsätze. Hier ist eine große Anstrengung gefragt, um die Mittel und Ressourcen für die Überwachung und Unterstützung beim Austausch von Good-Practice-Beispielen bereitzustellen. Entscheidend ist

daher eine starke Partnerschaft in einem multilateralen System (besonders im Rahmen von internationalen mit Ernährung befassten Organisationen wie FAO, WFO und IFAD), Regierungen, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft. Wir müssen sicherstellen, dass auf nationaler und lokaler Ebene Netzwerke der Beteiligten ebenso wie Kapazitäten für das Monitoring und die Lobbyarbeit entstehen, um die Verwirklichung der Grundsätze zur Diskussion zu stellen und eine Auslegung zu fördern, die sich stärker an den Bedürfnissen und Interessen der am meisten schutzbedürftigen Personen orientiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben bei der demokratischen Umsetzung der Prinzipien eine ganz eindeutige und wesentliche Rolle wahrzunehmen.

Erwartungen an uns: (Bild) Seite 58

Erwartungen an uns: (Text) Seite 59

Misereor-Fastenaktion Seite 60

Impressum Seite 61